

Die Wahlen in Baden-Württemberg 2011 – (k)eine historische Anomalie?

Stephan Schilling, Agnieszka Malczak, Arvid Bell

Die Wahlen in Baden-Württemberg werden als historisches Ergebnis gewertet. Erstmals verliert die CDU in ihrem Kernland die Regierungsführung und muss auf den Oppositionsbänken Platz nehmen. Und erstmals in ihrer Geschichte stellen die Grünen (mit einem allzeit Rekordergebnis) voraussichtlich einen Ministerpräsidenten – und das in einem industriellen Flächenland.

Im Folgenden versuchen wir, die Wahl in Baden-Württemberg einzuordnen. Der Schwerpunkt liegt auf der Erklärung des grünen Rekordergebnisses. **Unsere Kernthese: Auch wenn die Wahlergebnisse historischen Ausnahmecharakter haben, sind die wesentlichen Faktoren und Trends, die zum Wahlergebnis führten, nicht völlig neu oder ungewöhnlich.**

Die Analyse wird sich auf die Auswertung des vorliegenden statistischen Materials beschränken. Eine genauere Analyse z.B. der Wahlkampagnen oder Programme werden wir nicht vornehmen. Wir möchten aber betonen, dass die große Geschlossenheit, der hohe Mobilisierungsgrad der Partei und die Professionalität der Wahlkampagne eine wichtige Rolle für das grüne Wahlergebnis gespielt haben dürften. Als zerstritten oder unprofessionell wahrgenommener Akteur hätten die Grünen mit Sicherheit nicht die Führung der Regierung in Baden-Württemberg errungen.

I. Analyse des allgemeinen Wahlergebnisses

I.1. Das Wahlergebnis 2011 im Überblick

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg bietet zahlreiche historische Rekordwerte. Die CDU hat mit 39 % eines der schlechtesten Ergebnisse aller Zeiten eingefahren und gegenüber der Landtagswahl 2006 über 5 Prozent verloren. Die SPD konnte davon nicht profitieren. Im Gegenteil: auch die SPD hat mit 23,1 % 2,1 % gegenüber 2006 verloren und ihr schlechtestes Ergebnis in Baden-Württemberg erzielt. Die FDP stürzte ab und erzielte nur noch 5,3 % (-5,4 %). Zusammen hat Schwarz-Gelb über 10 % verloren. Die Linkspartei verblieb auf niedrigem Niveau (2,8 % und damit -0,3 % gegenüber 2006). **Der einzige Wahlsieger waren die Grünen:** Mit ihrem besten Wahlergebnis bei einer Landtagswahl überhaupt kamen die Grünen auf 24,2 %. Wir konnten unser Ergebnis mehr als verdoppeln und wurden zweistärkste Partei.

Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber der letzten Landtagswahl um fast 13 Prozentpunkte auf 66,3 %. Dies widerlegt erneut die These einer allgemein abnehmenden Wahlbeteiligung. Ein Blick auf die absoluten Stimmen enthüllt, dass außer der FDP alle Parteien an Stimmen hinzugewonnen haben. Entscheidend für den Grün-Roten Wahlsieg war, dass SPD und Grüne zusammen über 900.000 Stimmen hinzugewonnen

haben, während Schwarz-Gelb zusammen nur um ca. 35.000 Stimmen zulegen (CDU + 195.000 Stimmen, FDP – 159.000 Stimmen).

I.2. Bestimmungsfaktoren des Wahlergebnisses

I.2.1. Wechselstimmung

Die Wahl und der Landtagswahlkampf fanden unter einer ausgeprägten Wechselstimmung statt. In der Wahltagsbefragung von Infratest dimap gaben 59 % der Wählerinnen und Wähler an, es sei Zeit für einen Regierungswechsel. Nur 37 % wollten, dass Schwarz-Gelb weiter regieren.



Die Abnahme der Zufriedenheit mit der Landesregierung ist sicherlich ein wichtiger Faktor dafür, dass 2011 anders als 2006 der Wechsel gelungen ist.



I.2.2. Polarisierende Machtoptionen

Die Wahl fand unter einer klassischen Polarisierung zwischen zwei entgegengesetzten politischen Lagern statt. Dabei lagen die Sympathien klar bei Rot/Grün bzw. Grün/Rot. Nur 32 % der Wählerinnen und Wähler fanden eine Koalition aus CDU und FDP gut.

Die Umfragen seit Mitte 2010 (erstes grünes Hoch durch Stuttgart 21 und Debatte um AKW-Laufzeitverlängerungen) machten zudem deutlich, dass ein Wechsel erstmals wirklich gelingen könnte.



I.2.3. Wahlentscheidende Themen

Die Themenzuspitzung war für eine Landtagswahl eher atypisch. Aus Sicht der Wählerinnen und Wähler war die Atompolitik und Energiepolitik das Top-Thema bei der Wahl. Das hat es so bei einer Wahl noch nie gegeben (Siehe. Tabelle 2 im Anhang). Dies ist besonders auf die Katastrophe in Fukushima und die daran anschließende, aber bereits länger geführte Atomdebatte zurückzuführen.

47 % hielten die Atompolitik für das wichtigste Thema (+40 %punkte im Vergleich zu 2006). Das zweitwichtigste Thema war Bildung, gefolgt von Arbeitslosigkeit (das allerdings in der Problemwahrnehmung von 65 % auf 17 % fiel.)



Das wahlentscheidende Thema Nr. 1 war dann konsequenterweise die Energiepolitik, gefolgt von der Wirtschaftspolitik, sozialer Gerechtigkeit und als viertes wahlentscheidendes Thema die Bildungspolitik.



Das zentrale landespolitische Thema der Monate vor der Wahl war neben der Bildungspolitik **Stuttgart 21**. **Dieses Thema war insbesondere für Grünen-Wähler auch wahlentscheidend**, für die AnhängerInnen der anderen Parteien spielte es zumindest landesweit keine zentrale Rolle.



1.2.4. Personen

Die personelle Zuspitzung fand in Baden-Württemberg erstmals als Dreikampf statt. Dem amtierenden MP Stefan Mappus standen Winfried Kretschman und Nils Schmid gegenüber. Dabei gelang es SPD und Grünen, den Wahlkampf klar gegen Mappus auszurichten, während die Frage, ob nun Nils Schmid oder Winfried Kretschmann Ministerpräsident würde, sportlich und zweitrangig behandelt wurde.

Mappus konnte sich zwar einen kleinen Regierungsbonus erarbeiten (höhere Werte betreffend der Führungsstärke und Wirtschaftskompetenz), hatte aber **katastrophale persönliche Zustimmungswerte**. Sowohl Winfried Kretschmann als auch Nils Schmid wurden von den Wählerinnen und Wählern als deutlich sympathischer und glaubwürdiger wahrgenommen.



Auf die Frage, wer geeignet sei, Baden-Württemberg zu führen, lagen alle drei Kandidaten quasi gleichauf.



1.3. Die Wahlergebnisse der anderen Parteien

1.3.1 CDU

Die CDU hat mit 39 % eines der schlechtesten Ergebnisse aller Zeiten eingefahren und gegenüber der Landtagswahl 2006 über fünf Prozentpunkte verloren. **Bemerkenswert ist, dass die CDU jedoch im Vergleich zur Landtagswahl 2006 und sogar im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 absolut an Stimmen zulegen konnte.** Dies relativiert, insbesondere vor dem Hintergrund des schwachen Spitzenkandidaten, den prozentualen Absturz. In der Betrachtung größerer Zeiträume ist jedoch klar, dass die CDU ihre Hegemonie in Baden-Württemberg verloren hat. Während die CDU Anfang der 80er Jahre noch 46 % aller Wahlberechtigten¹ für sich mobilisieren konnte, kam sie bei den letzten drei Wahlen in Baden-Württemberg nur noch auf Werte zwischen 23 und 25 %.

Besorgniserregend kommt für die CDU hinzu, dass die stärkste Altersgruppe der CDU die über 60-Jährigen sind (Jahrgänge 1950 und früher). In allen anderen Altersgruppen liegt die CDU unter 35 %. **Es deutet sich also an, dass sich die Erosion der CDU-Wählerbasis in den nächsten Jahren fortsetzen wird.**

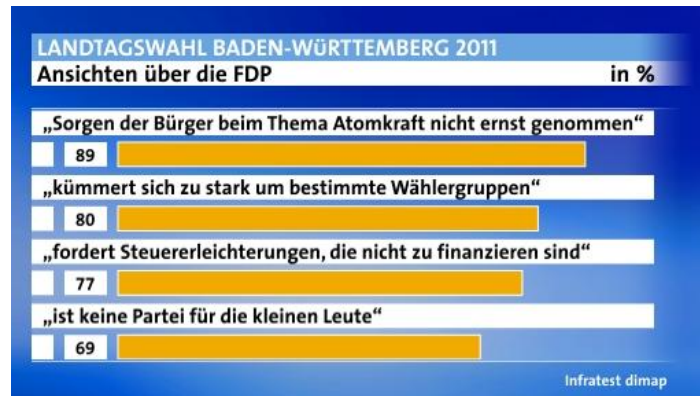


1.3.2. FDP

Die FDP hat in ihrem Kernland ein desaströses Wahlergebnis eingefahren. Besonders deutlich wird dies im Vergleich zur Bundestagswahl 2009. **Vor zwei Jahren wählten 1.022.958 Baden-WürttemberInnen mit der Zweitstimme die FDP. Bei der Landtagswahl waren es nur noch 262.784, die der FDP ihre Stimme gaben.**

¹ Im Folgenden wird immer wieder auf eine Darstellung zurückgegriffen, die die Ergebnisse der Parteien nicht in Prozent der abgegebenen Stimmen (das eigentliche Wahlergebnis), sondern in Prozent der Wahlberechtigten angibt. Der Vorteil dieser Darstellung ist, dass sie Rückschlüsse auf die Wählerbasis und den Mobilisierungsgrad zulässt. Dadurch relativieren sich natürlich die Werte aller Parteien deutlich nach unten.

Dieses Wahlergebnis spiegelt das katastrophale Image der FDP wieder. Von allen Parteien wurde sie als die unglaublichste wahrgenommen, zudem hängt der FDP massiv das Image als Klientelpartei an.



1.3.3. SPD

Absolut konnte die SPD leicht an Stimmen hinzugewinnen, prozentual hat sie dagegen verloren. Zwar gehört Baden-Württemberg nicht zu den Bundesländern, die als SPD-Hochburgen bezeichnet werden können: Doch immerhin konnte die SPD früher bei Landtagswahlen um die 20 % aller Wahlberechtigten (und bei Bundestagswahlen teils sogar über 25 %) für sich gewinnen. Seit der Bundestagswahl 2005 haben diese Werte auf 13 bis 15 % abgenommen.

Dass die SPD von der Wechselstimmung im Land nicht ähnlich wie die Grünen profitieren konnte, lag sicherlich auch daran, dass sie bei den zentralen Themen der öffentlichen Auseinandersetzung nicht übermäßig punkten konnte. So ist zum Beispiel die Atompolitik – trotz ähnlicher inhaltlicher Positionen – ein Thema, das primär den Grünen zugeschrieben wird und in der Debatte um Stuttgart 21 zeigte die SPD ein diffuses Profil.

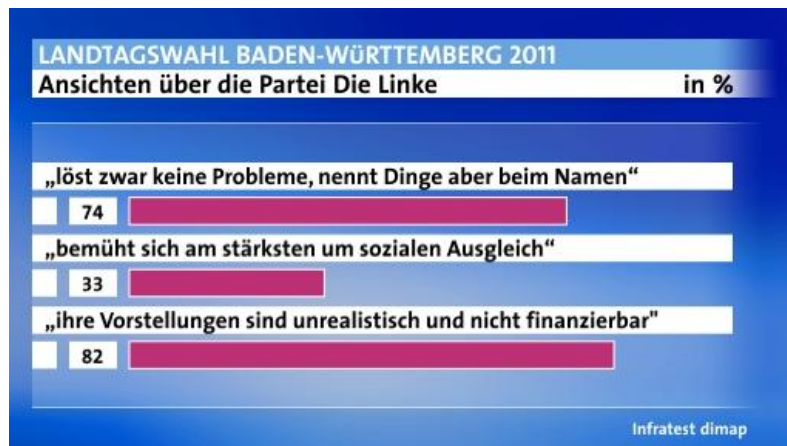
1.3.4. Die Linke

Die Linke hat den Einzug in den Landtag spektakulär verpasst. Gegenüber 2006 (als die Linke noch als WASG angetreten war) hat sie sogar prozentual verloren. Dabei hatte die Bundestagswahl 2009 gezeigt, dass selbst in Baden-Württemberg ein Potential für die Linkspartei vorhanden ist. Damals wählten 389.637 Menschen die Linke, das waren dreimal so viele wie bei der Landtagswahl 2011.

Ursächlich für dieses Ergebnis dürfte vor allem die Polarisierung zwischen Schwarz-Gelb und Grün-Rot gewesen sein. Die Linke wurden schlicht und einfach nicht gebraucht – und sie wurde im Wahlkampf weitestgehend ignoriert. Als richtig erweist sich der souveräne Umgang der Grünen mit der Rot-Grün-Rot-Frage. Weder hat man sich von der CDU eine Rot-Grün-Rot Debatte aufzwingen lassen noch sich in eine Ausschließertis drängen lassen.

Dazu hat maßgeblich das Profil der Linken als Protestpartei beigetragen. In einer Situation, wo es um die Übernahme der Regierungsverantwortung ging, wollten die Wählerinnen und Wähler wohl nicht ihre Stimme an die Linke verschwenden.

Eine interessante Frage dürfte sein, was die knapp 400.000 LinksparteiwählerInnen (BTW 09) bei dieser Wahl gemacht haben. Dies ist auch durch Wählerwanderungsstatistiken nicht zu ermitteln, da diese nur einen Vergleich mit der Landtagswahl 2006 bieten.



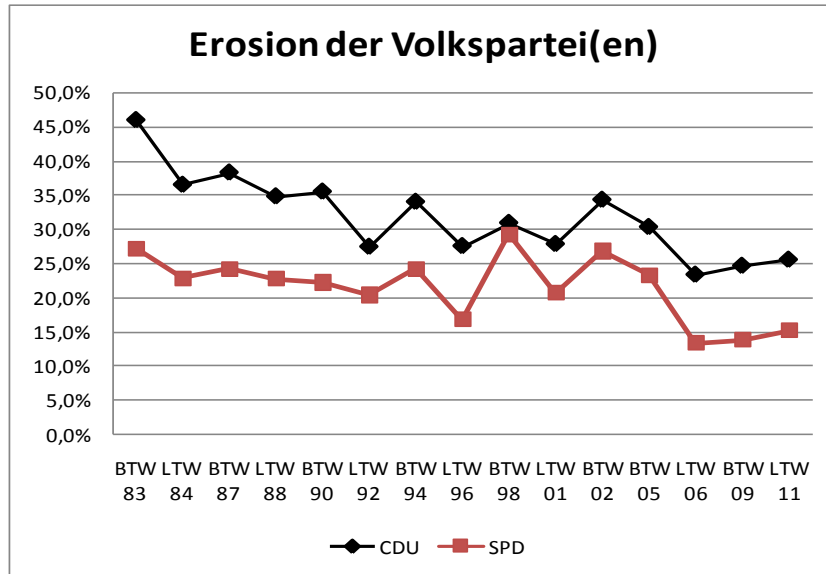
1.4. Langfristige Trends

1.4.1 Erosion der Volkspartei(en)

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg bestätigt erneut die These vom Niedergang der Volksparteien. Darüber kann auch das Wahlergebnis der CDU von fast 40 % nicht hinwegtäuschen. Anfang der 80er Jahre konnte die CDU noch 46 % aller Wahlberechtigten an sich binden. Dieser Wert fiel bis zur Landtagswahl 2006 auf 25 % und hat sich seitdem auf diesem (niedrigen) Niveau stabilisiert. **Es gelingt der CDU also selbst in ihrem Kernland nur noch ein Viertel aller Wahlberechtigten zu binden.**

Baden-Württemberg ist kein Bundesland, das sich als Hochburg der SPD bezeichnen ließe. Interessant ist jedoch, dass SPD Anfang der 80er Jahre noch von über 25 % aller Wahlberechtigten gewählt wurde, bei der Bundestagswahl 1998 waren es sogar fast 30 %. Seit der Bundestagswahl 2005 aber ging es für die SPD nach unten.

Bei den letzten drei Wahlen in Baden-Württemberg konnte die SPD nur noch 15 % (und weniger) aller Wahlberechtigten für sich gewinnen.



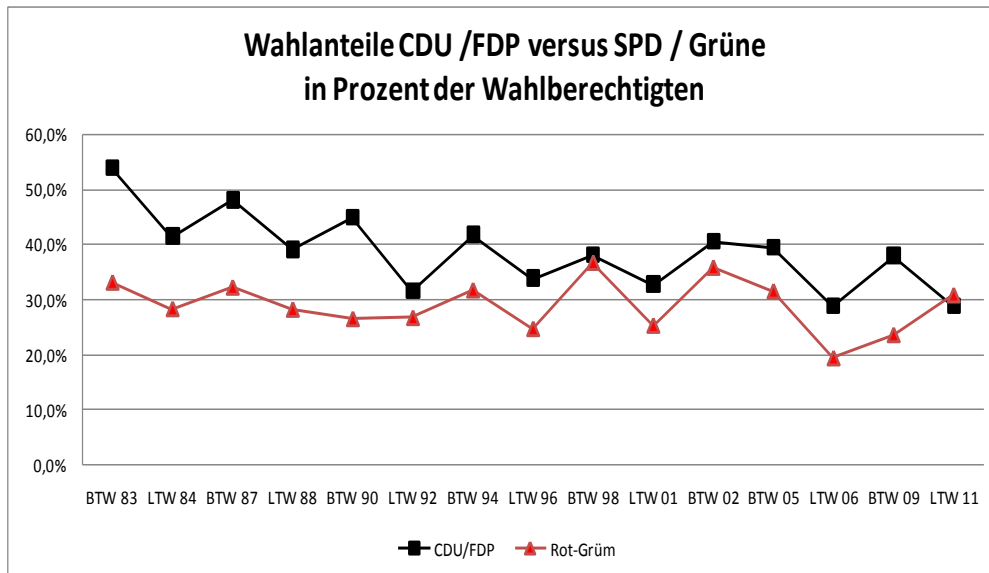
1.4.2. Wahlanteile der Lager

Aufschlussreich ist ein Blick auf die Wahlanteile der Lager (hier CDU/FDP versus SPD/Grüne). **Hier zeigt sich, dass das Ergebnis für Grün-Rot bei der Landtagswahl 2011 zwar ein sehr gutes, aber kein völliger historischer Ausreißer ist.** SPD und Grüne haben bei der LTW 2011 zusammen 31 % der Wahlberechtigten mobilisieren können. Ähnlich Werte wurden bei fast allen Bundestagswahlen seit Beginn der 80er Jahre erreicht, auch bei Landtagswahlen konnten SPD und Grüne in der Vergangenheit bis zu 28 % aller Wahlberechtigten binden.

Historisch ist vielmehr der Prozess, der sich bei CDU und FDP vollzieht. In den 80er Jahren konnten CDU und FDP noch zwischen 40 und 50 % aller Wahlberechtigten binden. **Dieses Basis erodiert seitdem und fiel bei der Landtagswahl 2006 erstmals unter 30 %.** Damals konnten jedoch auch SPD und Grüne ihre Anhänger nicht mobilisieren und kamen auf nur 20 % aller Wahlberechtigten.

Bei der Landtagswahl 2011 erzielten Union und FDP gemessen an den Wahlberechtigten wieder genau 28,9 %, SPD und Grüne konnten jedoch deutlich besser mobilisieren und erzielten zusammen 30,9 %.

Damit zeigt sich einmal mehr, dass einer der Schlüssel zur Ablösung schwarzer oder schwarz-gelber Mehrheiten in der Polarisierung und der Mobilisierung der WählerInnen links von der Mitte liegt.²



II. Analyse des Grünen Wahlergebnisses

Die Grünen haben bei der Wahl in Baden-Württemberg das beste Ergebnis eingefahren, das sie jemals bei irgendeiner Wahl erreichen konnten. Erstmals lagen die Grünen bei einer Wahl vor der SPD und werden nun konsequenterweise mit Winfried Kretschmann erstmals einen grünen Ministerpräsidenten stellen.

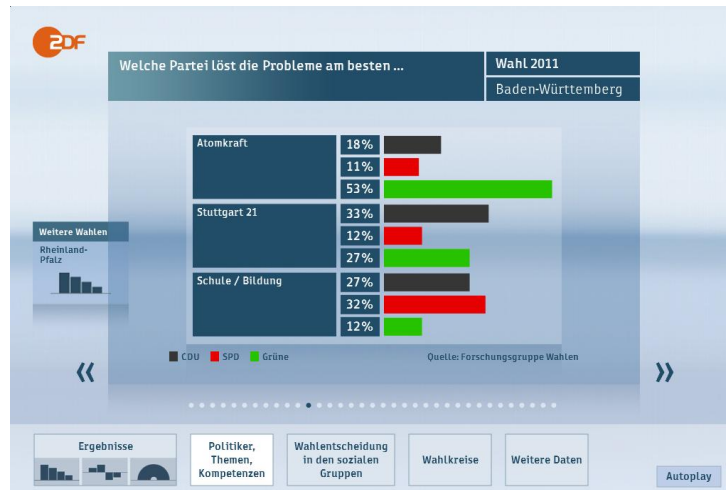
Die Grünen haben sich im Vergleich zur letzten Landtagswahl prozentual verdoppelt, in absoluten Stimmen sogar fast verdreifacht. Wie lässt sich dieses Ergebnis erklären? Wie viel davon ist langfristiger, struktureller Trend, wie viel konjunkturelle Welle?

II.1. Wahlentscheidende Themen

Zentral für den Erfolg der Grünen war die uns von den WählerInnen zugeschriebene hohe Lösungskompetenz bei zwei der wahlentscheidenden und polarisierenden Themen. **Bei den beiden zentralen Themen der öffentlichen Auseinandersetzung (Atomkraft und Stuttgart 21) waren die Grünen – nicht die SPD – die klar wahrnehmbare Alternative zur Union.** Bei beiden Themen waren die Grünen die Partei des Protestes (Dagegen-Partei) und der Bewegung, ihnen wurde von den Wählerinnen und Wählern aber auch

² Vergleiche hierzu Wahlanalyse zur Bundestagswahl mit dem Landtagswahlvergleich, Seite 5 <http://stephanschilling.net/wahlanalyse-der-bundestagswahl-2009/>

eine hohe Lösungskompetenz für diese Probleme bescheinigt. Bei der Atompolitik haben die Grünen die höchste Lösungskompetenz überhaupt, bei Stuttgart 21 belegen sie den zweiten Platz.



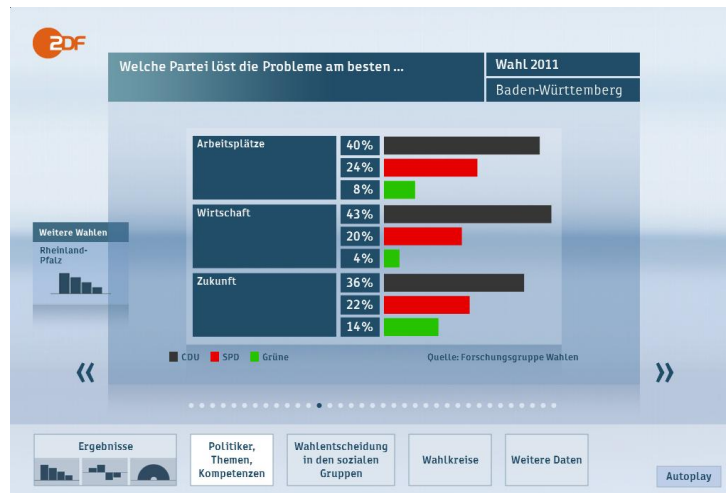
Weitere Themen, bei denen die Grünen als kompetent wahrgenommen wurden, sind Familien und Bildungspolitik, sowie soziale Gerechtigkeit (allerdings alle mit deutlichem Abstand). Hier bestätigt sich der Trend aus vorangegangenen Landtagswahlen, dass es mit der Bildungs- und Familienpolitik gelingt, ein zweites grünes Kompetenzfeld zu profilieren.



Anders sieht dies bei den Themen **Wirtschaft und Arbeit** aus. Hier lagen die Grünen deutlich hinter **CDU und SPD**. Allerdings spielten diese Themen ungewöhnlicherweise keine wahlentscheidende Rolle. Trotzdem überraschen diese Werte, gerade vor dem Hintergrund, dass sich die Grünen in Baden-Württemberg seit vielen Jahren um Kontakte zur Wirtschaft und um ein wirtschaftspolitisches Profil bemüht haben. Interessant ist deshalb auch ein Blick auf eine Frage aus dem letzten DeutschlandTREND

(bundesweite Umfrage von Infratest dimap aus dem April 2011). Auf die Frage „Verstehen die Grünen zu wenig von Wirtschaft und Arbeit“ stimmten 55 % eher zu, 40 % stimmten eher nicht zu.

Zusammengenommen legen diese beiden Umfragen die Interpretation nahe, dass die grüne Wirtschaftspolitik für die meisten Wählerinnen und Wähler zwar nach wie vor kein entscheidender Grund ist, die Grünen zu wählen, dass aber Vorbehalte massiv abgebaut werden konnten.



II.2. Das Image der Grünen

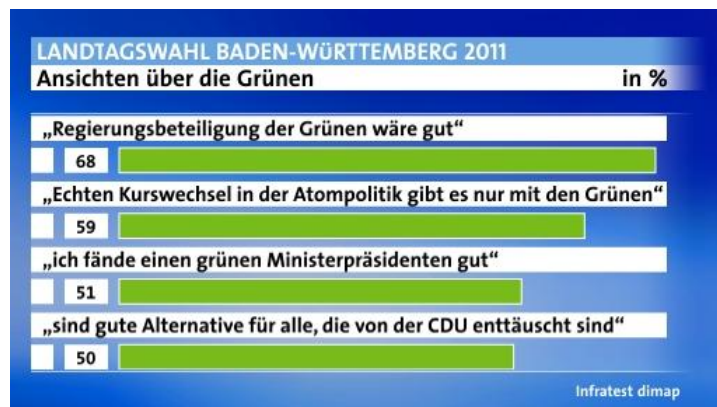
Die wesentlichen Faktoren für die Mobilisierungsfähigkeit der Grünen waren sicherlich die Dominanz grüner Themen, die klare Polarisierung Schwarz/Gelb versus Rot/Grün und das Vorhandensein einer realistischen Machtoption.

Der historische Wahlerfolg wäre aber sicherlich nicht ohne das Image der Grünen in Baden-Württemberg als glaubwürdige, pragmatische und kommunal verankerte Partei möglich gewesen. Die Grünen hatten die mit Abstand höchsten Glaubwürdigkeitswerte. Insbesondere CDU und FDP hatten demgegenüber mit massiven Glaubwürdigkeitsproblemen zu kämpfen.



Gegen eine Regierungsbeteiligung der Grünen gab es nicht nur bei den eigenen Wählerinnen und Wählern, sondern in einem großen Teil der Gesellschaft keine Vorbehalte. 68 % der Wählerinnen und Wähler hielten eine Regierungsbeteiligung der Grünen sogar für gut. Zudem wurden die Grünen von 50 % der Wählerinnen und Wähler als gute Alternative für alle, die von der CDU enttäuscht sind, wahrgenommen.

Für dieses Image stand in besonderer Weise symbolisch Winfried Kretschmann, über seine Person konnte das Bild transportiert werden. Mit einem Spitzenkandidaten, der eine Politik des „Gehört-Werdens“ und von „Maß und Mitte“ zu seinen Markenzeichen erklärt hat, wurde dieser Wahlsieg sehr unterstützt.



II.3. Das Wahlergebnis nach sozio-ökonomischen und strukturellen Kriterien

Die Grünen haben in allen Altersgruppen, in allen Berufsgruppen und in allen Bildungssegmenten zugelegt. Bei den Altersgruppen waren sowohl die Ergebnisse wie auch die Zuwächse bei den 33-44 und den 46-59-jährigen am höchsten. Am schwächsten war das Ergebnis bei den über 60-jährigen.



Bei den Berufsgruppen waren die stärksten Gruppen die Selbstständigen und Angestellten. Interessanterweise lagen die höchsten Zuwächse bei den Selbstständigen und den Arbeitslosen (jeweils +15 %).



Nach wie vor wählen vor allem Menschen, die über einen hohen Bildungsgrad verfügen, die Grünen.



Nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes³ waren die Grünen bezogen auf sozio-ökonomische Strukturmerkmale der Wahlkreise besonders erfolgreich in den großen Gemeinden mit 100.000 und mehr Einwohnern, in Gebieten mit einem hohen Anteil an Akademikern sowie mit einem hohen Anteil Beschäftigter im Dienstleistungsgewerbe (jeweils grüne Wahlergebnisse über 30 %). Unterdurchschnittliche Ergebnisse wurden in Gemeinden von unter 10.000 Einwohnern, in Wahlkreisen mit einem niedrigen

³ Statistisches Landesamt: Wahl zum 15. Landtag von Baden-Württemberg am 27. März 2011. Reihe Statistische Analysen 1/2011. Seite 8f. (http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landtagswahl_2011/WNB_Landtagswahl_2011.pdf)

Akademikeranteil sowie in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (jeweils grüne Wahlergebnisse unter 20 %).

Bei genauerer Analyse der grünen Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen wird diese Auswertung belegt. Allerdings zeigt ein differenzierter Blick auch einige eher ländliche Wahlkreise mit Topergebnissen und Topzuwächsen. Hier handelt es sich eher um Wahlkreise, in denen sich auch große oder mittelgroße Städte befinden.

Historisch ist neben dem guten prozentualen und absoluten Wahlergebnis vor allem auch das Erringen von 9 Direktmandaten aus dem Stand. Bei keiner der vorherigen Landtagswahlen konnten die Grünen bisher ein Direktmandat gewinnen.

So wurden die besten Ergebnisse (inklusive Gewinn des Direktmandats) in den klassischen grünen Hochburgen und vor allem in flächenmäßig kleinen, urbanen Wahlkreisen (Ausnahme: Freiburg I) erzielt. Dabei handelt es sich zumeist um Universitätsstädte, die sich durch einen hohen AkademikerInnenanteil kennzeichnen. Gerade in diesen Wahlkreisen waren die Grünen auch bereits kommunal sehr stark – von größter Fraktion im Gemeinderat (Stuttgart, Freiburg, Tübingen, Konstanz) bis hin zu grünen Oberbürgermeistern (Tübingen, Freiburg, Konstanz).

Zusammenfassend lassen sich zwei Thesen destillieren. **Der grüne Wahlerfolg beruht einerseits im Wesentlichen auf sehr starken Werten bei den großstädtischen, hochgebildeten Milieus der Dienstleistungsgesellschaft. Hier liegen wir zum Teil deutlich vor allen anderen Parteien! Möglich wurde der Wahlerfolg aber nur, weil auch bei Gruppen, die nicht traditionell grün wählen, deutliche Zuwächse erzielt wurden (ländlicher Raum, ArbeiterInnen, RentnerInnen).**

II.4 Wählerwanderungen

Der mit Abstand wichtigste Erfolgsfaktor für den Grünen Wahlsieg sind die Hinzugewinne bei den NichtwählerInnen im Vergleich zur Landtagswahl 2006. Den Grünen ist es gelungen, 266.000 Menschen wieder für Politik zu interessieren und zur Wahl zu gehen. Zusammen mit den ErstwählerInnen macht dies 45% der hinzugewonnen Stimmen aus.

Die andere Hälfte der Stimmzuwächse kommt zum größten Teil von der SPD (19 % der Gesamtzuwächse), in relevantem Maße aber auch von der CDU (12 %). Von der FDP kommen 61.000 Stimmen (8 % der Gesamtzuwächse), von der Linken 33.000 Stimmen (4 %).

Damit ist unübersehbar, dass es den Grünen erstmals in relevantem Maße gelungen ist, auch aus dem schwarz-gelben Lager Wählerinnen und Wähler zu den Grünen herüberzuziehen. Von CDU (12 %) und FDP (8 %) zusammen haben die Grünen ähnlich viele Stimmen hinzugewonnen wie von der SPD (19 %).

Wählerwanderung Grüne		
Nichtwähler	266.000	36 %
SPD	140.000	19 %
CDU	87.000	12 %
FDP	61.000	8 %
Linke	33.000	4 %
Andere	25.000	3 %
Erstwähler	68.000	9 %
Zugezogene	64.000	9 %
Summe	744.000	

Interessant ist, dass sich die neuen Wählerinnen und Wähler, zumindest was die wahlentscheidenden Themen angeht, kaum von den klassischen Grün-WählerInnen unterscheiden. Auch von den neuen Wählerinnen und Wähler wurden die Grünen vor allem wegen der Umwelt- und Energiepolitik, gefolgt von sozialer Gerechtigkeit und Stuttgart 21 gewählt.



Eine spannende, leider jedoch nur auf Basis des bisher vorliegenden Zahlenmaterials schwer zu beantwortende Frage ist, woher die NichtwählerInnen kommen, die sich nun entschlossen haben, die Grünen zu wählen. Hier sei auf zwei aufschlussreiche Anhaltspunkte hingewiesen. Zum einen ist es auch der Union gelungen, deutlich aus dem Nichtwählerlager zu mobilisieren (+261.000 Stimmen). Zudem sei noch einmal

darauf hingewiesen, dass es SPD und Grünen bei der Landtagswahl 2006 nicht gelungen ist, das rot-grüne Potential zu mobilisieren. 2006 konnten SPD und Grüne zusammen nur 19,5 % der insgesamt Wahlberechtigten als Wählerinnen und Wähler gewinnen. Dieser Wert lag unter dem vorangegangener Landtagswahlen (2011: 25,4 %) und deutlich unter dem der meisten Bundestagswahlen (BTW 05: 31,6 %). CDU und FDP haben jedoch 2011 im Vergleich zu 2006 nicht an Bindekraft verloren (beide Male 28,9 % der Wahlberechtigten). **Zusammengenommen deutet einiges darauf hin, dass zumindest der Großteil der hinzugewonnen NichtwählerInnen enttäuschte Rot-Grün-AnhängerInnen waren, die nun – angesichts des möglichen Wechsels – von den Grünen wieder an die Urne gebracht werden konnten.**

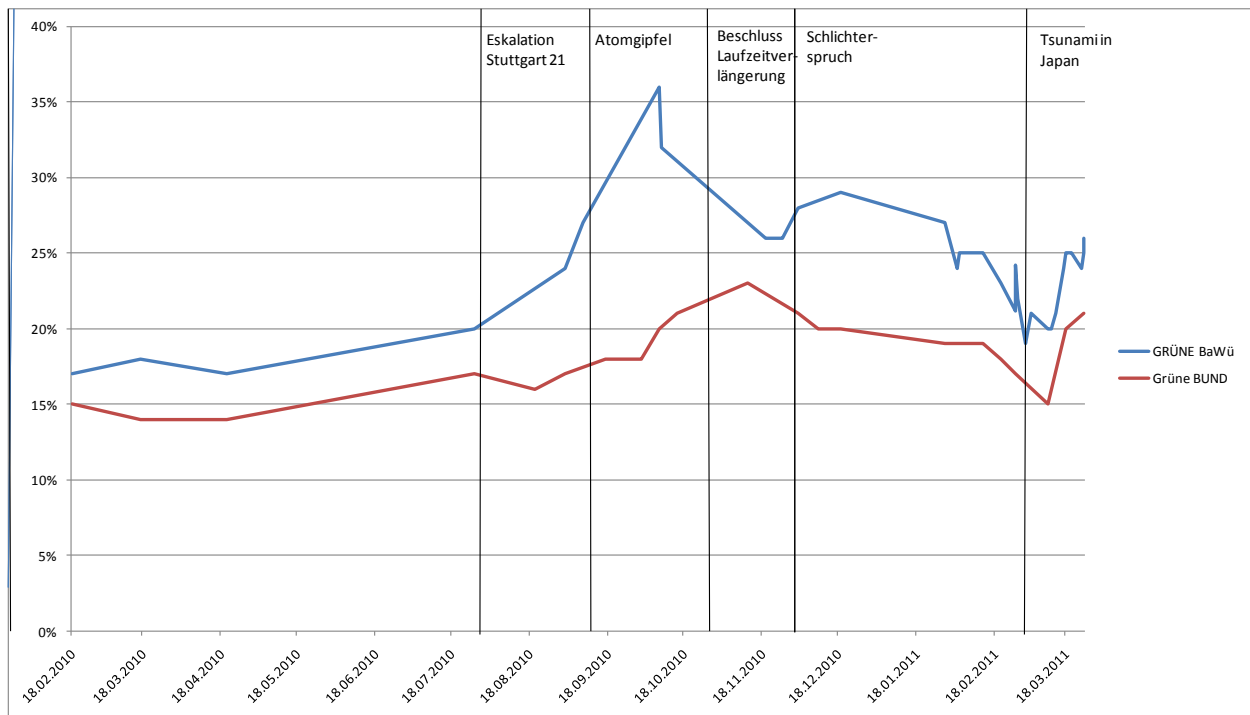
III. Fazit

1. Der Wahlausgang in Baden-Württemberg war historisch, vor allem aus grüner Sicht. Er stellt insoweit einige klassische Deutungsmuster und Gewissheiten in Frage. Doch ist diese Wahl auch keine reine „Ausnahmewahl“, sondern sie bestätigt auch bestimmte Trends und Analysen:
2. Der Wahlkampf und die Wahl in Baden-Württemberg fanden unter nahezu klassischen Bedingungen statt. Es gab eine klare politische Grenzziehung zwischen den beiden Lagern, eine abgewirtschaftete Landesregierung und daraus abgeleitet eine klare Wechselstimmung. Einem hochpolitisierten und polarisierten Wahlkampf folgte eine Wahl mit deutlich gesteigener Beteiligung. Diese Mobilisierungsschlacht konnte Grün-Rot (dank der Stärke der Grünen) knapp für sich entscheiden.
3. Die Kräfteverhältnisse zwischen den Lagern haben sich zwar im Landtag, nicht aber mit Blick auf die absoluten Anteile an den Wahlberechtigten verschoben. Die CDU hat das ihr verbliebende Wählerreservoir in Baden-Württemberg sogar gut mobilisiert (Ergebnis 2011 besser als BTW 09 und LTW 06), konnte aber den dramatischen Absturz der FDP nicht kompensieren. Zusammen konnten aber FDP und CDU immerhin ähnlich viele WählerInnen an die Urne bringen wie 2006. Das Ergebnis war für das bürgerliche Lager kein historischer Ausnahmefall.
4. Doch diesmal reicht das nicht für eine schwarz-gelbe Mehrheit. Grün-Rot konnten ihre Wählerinnen und Wähler sehr breit mobilisieren. Zudem konnten insbesondere die Grünen auch Stimmen von der Union und der FDP hinzugewinnen. Dafür dürften zuallererst die Wechselstimmung und die schlechten Zustimmungswerte für die schwarz-gelbe Landesregierung verantwortlich sein.
5. Wirklich neu hingegen ist jedoch das Verhältnis von SPD und Grünen. Erstmals landeten die Grünen bei einer Landtagswahl vor der SPD. Zugleich haben die Grünen es erstmals geschafft, in Teile der schwarz-gelben Wählerschaft einzubrechen. Zum ersten Mal haben die Grünen die SPD nicht nur als größerer Koalitionspartner abgelöst, sondern auch in ihrer Funktion, von links die Mitte zu integrieren. Dies wäre sicherlich nicht ohne eine Profilierung der Grünen als glaubwürdige und pragmatische Partei und auch nicht ohne einen Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann, der zu „Land und Leuten“ passt, möglich gewesen.
5. Es wäre aber auch nicht gelungen, wenn die Grünen nicht als die zentrale Opposition zur CDU wahrgenommen worden wären. Den Grünen in Baden-Württemberg gelang der Spagat – zwischen der Partei des

Protestes und der Bewegung einerseits und einer glaubwürdigeren und verantwortungsvolleren Alternative zur Landesregierung andererseits. Bei vielen zentralen gesellschaftlichen Großkonflikten (Stuttgart 21, Atom, ökologische Modernisierung, Integration) sind es die Grünen, die der CDU gegenüberstehen – nicht die SPD. Zu dieser Sichtweise hat die Union dankenswerterweise mit ihrer Dagegen-Partei-Kampagne weiter beigetragen. Für Baden-Württemberg dürfte deshalb der Konflikt um Stuttgart 21 und die daraus resultierende Polarisierung zwischen CDU und Grünen ähnlich wichtig, wenn nicht sogar wichtiger gewesen sein als das Atomthema.

6. Diese Analysen relativieren die These „Das alles ist nur wegen Fukushima so gekommen“. Natürlich half den Grünen, die als einzige Partei seit Jahrzehnten glaubwürdig für den Ausstieg aus der Atomkraft stehen, die hohe Aufmerksamkeit für das Thema. Interessant ist jedoch, dass die Grünen diesmal (anders als bei fast allen Wahlen zuvor) nicht sehr stark bei den kurzentschlossenen Wählerinnen und Wählern waren (und auch nicht bei denen, die ihre Wahlentscheidung erst einige Tage vor der Wahl trafen).

Zur Erklärung des grünen Erfolgs reicht also der Verweis auf Fukushima nicht aus (und ebenso wenig überzeugen die Ausreden der anderen Parteien, die ihre Verluste alle mit der Dominanz dieses Themas erklären wollen). Unsere These: Auch ohne die tragischen Ereignisse von Fukushima hätte es für eine Ergebnis der Grünen nahe der 20% gereicht. Und auch ohne Fukushima wäre Schwarz-Gelb in die Bredouille gekommen. Ob es auch zu einem MP Kretschmann gereicht hätte, erscheint eher fraglich.



IV. Ausblick

Aus der Wahl in Baden-Württemberg lassen sich einige Schlüsse und Lehren für die Zukunft ziehen.

Eine gute Nachricht gibt es für die Demokratie. Die These einer dauerhaft sinkenden Wahlbeteiligung ist deutlich widerlegt. Wenn die Menschen das Gefühl haben, es gibt etwas zu entscheiden, dann gehen sie auch zur Wahl.

In dieser Mobilisierung liegt auch der Schlüssel für diesen und weitere grüne Wahlsiege. Die Grünen haben gewonnen, weil sie glaubwürdig und mit klarem inhaltlichem Profil aufgetreten sind. Die Grünen waren in Baden-Württemberg keine „Wischi-Waschi-Partei“, sondern der Gegenspieler zur Union in zentralen gesellschaftlichen Polarisierungsthemen. Das ist der Humus, auf dem gute Wahlergebnisse wachsen. Hinzu kommt – sozusagen als notwendige Bedingung – eine in der ganzen Gesellschaft verbreitete Stimmung, dass die Grünen vernünftig genug sind, um ihnen auch in der Regierungsführung Verantwortung zu übertragen. So konnten die Grünen auch die linke Mitte integrieren und Wählerinnen und Wähler von CDU und FDP für sich gewinnen.

Für den Wahlkampf gegen Schwarz-Gelbe Mehrheiten zeigt das Ergebnis sehr deutlich, dass eine klare Rot-Grün oder Grün-Rote Strategie richtig ist (sofern diese auf Basis der Umfragen eine gewisse Wahrscheinlichkeit hat). Sie polarisiert und hilft, das rot-grüne Lager zu mobilisieren. Klug umgesetzt, nimmt sie zudem der Linkspartei den Wind aus den Segeln.

Mit der Wahl in Baden-Württemberg ist es erstmals gelungen, bei einer Wahl unseren Anspruch, führende Kraft Links der Mitte zu sein, nicht nur inhaltlich und diskursiv, sondern auch quantitativ einzulösen. Ob sich dies in einem Flächenland einfach wiederholen lässt, ist eine spannende aber offene Frage. Es besteht die Chance, die Grünen als eigenständige linke Kraft mit Wahlergebnissen zwischen 15 und 20% zu profilieren. Bei zentralen gesellschaftlichen Diskursen sind grüne Ideen heute hegemonial – und davon profitieren wir auch. Zudem wird uns (als einzige Partei) Glaubwürdigkeit und ein inhaltliches klares Profil zugesprochen. Mit diesem klaren Profil werden wir immer mehr zum zentralen Gegenspieler zur CDU und von dieser Frontstellung profitieren wird.

Für eine neue Rolle der Grünen im Fünf-Parteien-System sprechen aber auch Argumente, wie sie z.B. in der Studie des DIW „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf dem Weg zur Volkspartei?“⁴ angeführt werden. Die Grünen können traditionell auf einen stabilen Rückhalt in den Nachkriegsgenerationen (Geburtskohorten 1950-1969) setzen – die 68er und die grüne Gründergeneration. Zudem ist es den Grünen gelungen, eben nicht als ein Generationen-Projekt zu erstarren, sondern in den jüngeren Kohorten strukturell ähnlich starke Anhängerschaften herauszubilden. Dämpfend wirken jedoch bisher die älteren Kohorten (1949 und davor). Hier konnten die Grünen nie richtig Fuß fassen. Der demographische Wandel verschiebt jedoch die Gewichte dieser Kohorten zueinander und davon profitieren die Grünen.

Es kann also gelingen, die Grünen als gleichberechtigte Kraft links der Mitte zu etablieren. Wir können diese Chance aber auch verspielen. Eine gründliche Strategiedebatte, wie wir diese Herausforderung meistern können, ist dringend notwendig.

⁴ Martin Kroh/Jürgen Schupp: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? Wochenbericht des DIW Berlin 12/2011, S. 2-9. (http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.369945.de)

An dieser Stelle dazu nur vier kurze Punkte: Erstens gilt es die uns zugeschriebene Glaubwürdigkeit zu erhalten. Das stellt hohe Ansprüche an unser Regierungshandeln, aber auch an unsere programmatische Arbeit. Zweitens müssen wir unser inhaltlich klares Profil erhalten. Die Menschen wählen uns, weil sie merken, dass wir Politik gestalten und nicht verwalten wollen. Drittens müssen wir gerade um die Jung- und ErstwählerInnen konsequent werben. Wohl keine Gruppe kann man so leicht verlieren wie diese. Aber ohne stetigen Zustrom aus den jungen Generationen können wir den oben beschriebenen strategischen Anspruch nicht einlösen. Viertens müssen wir die thematische Verbreiterung – ausgehend von unseren Kernthemen – fortsetzen. Hier gibt es gerade, was die Wahrnehmung unserer Wirtschafts- und Finanzkompetenz angeht, noch viel zu tun. In der Auseinandersetzung mit der SPD wird zudem in anderen politischen Lagen dem Thema sozialer Gerechtigkeit eine Schlüsselfunktion zukommen.

V. Anhang

Tabelle 1: Anteile der Nichtwähler / Parteien / Lager an den Wahlberechtigten im historischen Vergleich

	Nichtwähler	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke	CDU/FDP	Rot-Grün	Linkes Lager
BTW 83	11,6 %	46,0 %	7,9 %	27,2 %	6,0 %		53,9 %	33,2 %	33,2 %
LTW 84	28,8 %	36,5 %	5,0 %	22,8 %	5,6 %		41,5 %	28,4 %	28,4 %
BTW 87	16,9 %	38,3 %	9,8 %	24,1 %	8,2 %		48,1 %	32,3 %	32,3 %
LTW 88	28,2 %	34,8 %	4,3 %	22,7 %	5,6 %		39,1 %	28,3 %	28,3 %
BTW 90	22,6 %	35,5 %	9,4 %	22,2 %	4,4 %		44,9 %	26,6 %	26,6 %
LTW 92	29,9 %	27,4 %	4,1 %	20,3 %	6,5 %		31,5 %	26,8 %	26,8 %
BTW 94	20,3 %	34,0 %	7,8 %	24,2 %	7,6 %		41,8 %	31,8 %	31,8 %
LTW 96	32,4 %	27,5 %	6,4 %	16,7 %	8,1 %		33,9 %	24,8 %	24,8 %
BTW 98	16,9 %	30,9 %	7,2 %	29,2 %	7,6 %		38,1 %	36,8 %	36,8 %
LTW 01	37,4 %	27,8 %	5,0 %	20,6 %	4,8 %		32,8 %	25,4 %	25,4 %
BTW 02	18,9 %	34,3 %	6,2 %	26,8 %	9,1 %		40,5 %	35,9 %	35,9 %
BTW 05	21,3 %	30,3 %	9,2 %	23,3 %	8,3 %	2,9 %	39,5 %	31,6 %	34,5 %
LTW 06	46,6 %	23,3 %	5,6 %	13,3 %	6,2 %	1,6 %	28,9 %	19,5 %	21,1 %
BTW 09	27,6 %	24,6 %	13,4 %	13,8 %	9,9 %	5,1 %	38,0 %	23,7 %	28,8 %
LTW 11	33,8 %	25,5 %	3,4 %	15,1 %	15,8 %	1,8 %	28,9 %	30,9 %	32,7 %

Tabelle 2: Wahlentscheidende Themen / wichtigste Probleme bei Wahlen

Wahlentscheidende Themen / Wichtigste Probleme												
	BaWü 11	RLP 11	S-A 11	NRW 10	Bund 09	Thür.o 9	S-H 09	Hes- sen 09	Nds 08	Bay- ern 08	Bre- men 07	Berlin 06
Arbeitslosigkeit			59	21	27	64	50	21	53	20	22	29
Bildung	22	53	63	29	21	31	47	29	42	21	20	20
Atom / Energie / Umwelt	45	49	41				6					
Soziale Gerech- tigkeit	23			25	34	9		25	8	30	31	42
Wirtschaft	34	39		28	39	19	32	39	16	32	30	27
Schulden							13					
Kriminalität									10			
Familie						10						